Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Grundpreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" wöchentlich 2.20 RM., vierzehntägig 1.10 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 961. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 961 und 12 791. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pf., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 150 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 127 | Dresden, Sonnabend den 2. Juni 1928 | 39. Jahrg.

Die Giftgefahr in Radebeul

7000 Kilogramm Phosgen — Eine halbe Million Menschen in Gefahr

Wie die Presse berichtet, hat das Reichskabinett in seiner Sitzung am 30. Mai den Bericht des vom Reichswirtschaftsminister entsandten Beamten übe rdas Phosgenunglück in Hamburg entgegengenommen. In dem Bericht heißt es unter anderem:

Das in dem Kessel enthalten gewesene Phosgen stammte gleich den auf dem Lagerplatze noch vorhandenen Vorräten aus Demobilmachungsbeständen des alten Heeres. Dessen Bestände unterlagen nicht sämtlich der Zerstörung, vielmehr hat das Bureau de liquidation du matériel du guerre Erzeugnisse mit wirtschaftlicher Verwendungsmöglichkeit in gewissem Umfang freigegeben. Ob der hier fragliche, verhältnismäßig geringe Restbestand seinerzeit ausdrücklich freigegeben worden ist, hat bisher nicht festgestellt werden können.

Der Bericht stellt weiter fest, daß eine „Verletzung des Gesetzes über Kriegsgerät" nicht erfolgt sei, auch komme eine Verletzung sonstiger gesetzlicher Vorschriften nicht in Betracht. Das höchst bedauerliche Unglück sei nicht anders zu beurteilen als andere Unglücksfälle. Eine weitere Gefährdung sei nach menschlichem Ermessen (!?) ausgeschlossen.

Im Laufe der Untersuchung des Falles Stoltzenberg habe sich ergeben, daß aus der Zeit, in der Dr. Stoltzenberg die jetzige Fabrik Müggenburg besessen habe, dort noch 38 Kilogramm Phosgen und andere ältere Chemikalienbestände lagern, die, soweit erforderlich, (!?) vernichtet würden.

Man wird ja nun nicht behaupten können, daß dieser amtliche Bericht allzuviel Klarheit in die Giftgasaffäre bringt, am allerwenigsten dürfte er geeignet sein, Beruhigung zu schaffen. Immerhin kann man zur Kenntnis nehmen, daß im Falle der Fabrik Müggenburg die dort lagernden 38 Kilogramm Giftgas „soweit erforderlich" vernichtet werden sollen. Für die Dresdner Bevölkerung aber ist die Frage brennend, was mit den in Radebeul lagernden Phosgenbeständen geschieht. Sollte der Reichsregierung unbekannt sein, daß in der Chemischen Fabrik v. Heyden in Radebeul, dicht an der Grenze der Großstadt Dresden, 7000 Kilogramm, in Worten: **Siebentausend Kilogramm Phosgen** lagern, ein Menge, die genügt, um ganz Deutschland in einen einzigen Leichenhaufen zu verwandeln?

Die Reichsregierung hätte die Pflicht gehabt, die sofortige Vernichtung dieser ungeheuren, vor den Toren einer Großstadt lagernden Giftgasmengen anzuordnen.

Die Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses durch die Kreishauptmannschaft kann weder befriedigen noch beruhigen. Auch der Hinweis, daß die „Produktion zur Zeit eingestellt" ist, ebenso die Mitteilung, daß die „Lagerung in Stahlflaschen" erfolgt und nicht in Kesseln wie in Hamburg, können nicht über die **furchtbare Gefahr hinwegtäuschen, in der über eine halbe Million Menschen unmittelbar schwebt.**

Die Forderung, daß hier bald und gründlich eingegriffen wird, ist keine Folge übertriebener Aengstlichkeit, sondern eine Selbstverständlichkeit, nachdem die Gefahr in vollem Umfange zu übersehen ist. Sicher hat bis jetzt nur der kleinste Teil Dresdner und Radebeuler Einwohner Kenntnis davon gehabt, daß der Firma Heyden die Genehmigung zur Phosgenproduktion erteilt worden ist.

bestimmt aber wußten bis jetzt nur ganz wenig Eingeweihte, daß so ungeheure Mengen dieses Giftgases in den Fabrikräumen lagern.

Jedenfalls ist sicher, daß auch Kreise, die bisher alle Kriegswaffen segneten und vom kommenden „Befreiungskriege" träumten, jetzt angesichts der Hamburger Katastrophe zur Besinnung kommen, wenn sie — in unmittelbarer Gefahrenzone sich befinden. Die Dresdner Nachrichten vom Freitag morgen geben der Zuschrift eines Lesers aus Radebeul Raum, die sich mit der Erklärung der Kreishauptmannschaft befaßt. In dieser Erklärung heißt es u. a.:

„... Diese Ueberwachung wird in Hamburg auch stattgefunden haben und der Geruch hat sich auch bemerkbar gemacht — allerdings als es schon zu spät war! Wenn das Hamburger Unglück anderswo passiert wäre, hätte man wahrscheinlich auch die Hamburger Vorräte revidiert, und es ist gehn gegen eins zu wetten, daß alles in schönster Ordnung befunden und der Bevölkerung — genau wie in Radebeul — mitgeteilt worden wäre, daß zur Zeit (!) keine Bedenken gegen die Lagerung beständen. Was also nicht ausschließt, daß später solche berechtigt sind. Es soll also durch diese Erklärung jede Beunruhigung der Bevölkerung Radebeuls (und Dresdens!) sich erübrigen. In Wirklichkeit ist die Beunruhigung noch stärker geworden! Muß es schon befremden, daß die Genehmigung zur Herstellung von Phosgen überhaupt für Radebeul erteilt wurde, so hat es gelindes Entsetzen hervorgerufen, daß hier — was vorher kaum jemand gewußt — 7000 Kilogramm — also sieben Millionen Gramm — dieses scheußlichen Giftes lagern. Hat man doch kurz vorher gelesen, daß 0,1 Gramm davon genügt, einen Menschen zu töten! Also Gift für 70 Millionen Menschen!! In Radebeul erfolgt ja auch die Aufbewahrung in Stahlflaschen! Und in angemessenen (!) Zeiträumen Prüfung auf Dichtheit! Was geschieht aber z. B. bei Ausbruch eines Großfeuers, bei dem die Stahlflaschen so erhitzt werden, daß eine Explosion unvermeidlich ist? In Hamburg soll ja eine solche schon durch die Einwirkung der Sonne erfolgt sein. Oder ein anderer unglücklicher Zufall tritt ein! Ja, dann wird man die Vernichtung der Vorräte schon anordnen oder ihre Unterbringung anderswo bewirken. Jedenfalls gehört sowohl Fabrikation (wenn solche überhaupt notwendig!) als auch Lagerung in eine einsame Gegend, wo in einer gewissen Peripherie geeignete Maßnahmen zur Vernichtung des Gases bei eventuellem Ausströmen getroffen werden können. Darum: Beruhigung wird in Radebeul (und in Dresden!) erst eintreten, wenn die 7000 Kilogramm Phosgen vernichtet oder fortgeschafft werden! Hier darf keinerlei Rücksicht auf das mit dem Teufelszeug eventuell zu machende Geschäft obwalten, sondern einzig und allein die ganz selbstverständliche Berücksichtigung von Gesundheit und Leben der Bevölkerung!"

Für uns Sozialdemokraten ist die Stellung zu der Frage der Erzeugung von Phosgen klar vorgezeichnet. **Wir haben die Herstellung der Giftgase zu Kriegszwecken schon vor der Hamburger Katastrophe auf das entschiedenste bekämpft und die Bevölkerung auf die furchtbaren Gefahren kommender Kriege hingewiesen.** Leider ohne das nötige Verständnis gerade bei den Lesern der Nachrichten und anderer bürgerlicher Blätter zu finden. Nicht damit allein, daß die 7000 Kilogramm Giftgas in Radebeul vernichtet werden dient man der Menschheit, sondern damit, **daß man mit ganzer Kraft sich dafür einsetzt, daß neue Kriege, mit oder ohne Phosgen, in Zukunft überhaupt unmöglich werden.**

Was aber zu der Lagerung der Giftgase in Radebeul sonst noch zu sagen ist, wird von sozialdemokratischer Seite mit aller Gründlichkeit von der Tribüne des Landtages gesagt werden. Und der größte Teil der Dresdner und der Radebeuler Einwohner, welch letztere sowieso schon täglich unter den manchmal unerträglichen „Gerüchen" der Heydenschen Giftbude zu leiden haben, wird hinter diesen Ausführungen stehen.

W. S.

Phosgen in Magdeburg

Magdeburg, 1. Juni. (Eig. Drahtb.) Auf einem in Magdeburg-Südost gelegenen Fabrikgrundstück lagern, wie vor einigen Tagen festgestellt wurde, Phosgengase, die für industrielle Zwecke Verwendung finden sollten. Um jede Gefahr von der Magdeburger Bevölkerung abzuwenden, wurden von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten unverzüglich entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Das Gas wird auf dem Wasserwege abtransportiert und dann in geeigneter Weise der Vernichtung preisgegeben werden. Die Behörden versichern, daß eine Gefahr für die Bewohner der Stadt Magdeburg und ihre Umgegend nicht besteht. Das Gas lagert nicht, wie es in Hamburg der Fall war, in größeren Behältern, sondern in Stahlflaschen.

Um was es geht!

Von Hermann Fleißner, M. d. R.

Die unter allen Umständen entscheidende Frage für die sozialdemokratische Taktik ist: wie kann die Partei vorwärts, immer näher dem Ziele gebracht werden? Dieses Ziel ist: die Beseitigung der kapitalistischen und Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft. Es kann nur erreicht werden durch Eroberung der politischen Macht. Die politische Macht ist nur zu erlangen, im Kampfe gegen die kapitalistischen Parteien, niemals in Ver-Verbindung mit ihnen. Jede Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Bürgerlichen hemmt, dämpft diese Entwicklung, führt zu einem mehr oder weniger burgfriedlichen Verhältnis während der Zeit, da solche Verbindungen und Bindungen bestehen. Die Absichten aller bürgerlichen Parteien gehen ja gerade davon aus, deshalb die Sozialdemokraten in irgendeine Koalition zu drängen. Sie erdreisten sich sogar, die Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei davon abhängig zu machen, daß sie auf den Klassenkampf verzichte.

In der gegenwärtigen Diskussion um die Bildung einer neuen Reichsregierung erklären die Bürgerlichen, man müsse auf alle Fälle verhindern, daß die Sozialdemokratie in der Regierung und Verwaltung des Staates eine dem Bürgertum gefährliche Machtfülle erhalte. Sie fühlen, daß ihnen das Wasser nach dem Halse steigt, wenn die Vorwärtsentwicklung des Sozialismus nicht unterbunden werden kann. Das ist für die Bürgerlichen der eigentliche Zweck einer Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten. Sollte uns das nicht zu allergrößter Vorsicht mahnen?

Es ist in den Tagen nach der Wahl viel davon gesprochen worden, daß wir nahe daran sind, eine proletarische Mehrheit auf demokratischem Wege im Parlament zu erreichen. Wie man auch darüber denken mag, — der ernste Versuch muß gemacht werden, auf diese Weise ausschlaggebende politische Macht zu erringen. Die Kommunisten scheinen das Herankommen dieser Zeit geradezu zu fürchten. Denn da müssen sie mit uns pfeifen, das Maulspitzen — um mit Engels zu sprechen — genügt nicht mehr. Auf ihnen ruht dann die ganze Last der Verantwortung, ob von beiden Parteien gemeinsam die so erreichte politische Macht auch für das Volk nutzbar gemacht werden kann. So versteht man bei einiger Ueberlegung sehr gut, warum auch sie uns nach der großen Koalition drängen, obwohl sie in ihrer Presse scheinbar dagegen wettern. Von rechts, links und in der Mitte sieht man in der Großen Koalition, in einer Verbindung mit Bürgerlichen überhaupt, das Mittel, der Sozialdemokratie zu schaden, sie bei den Massen zu kompromittieren. Es ist eine kühne Behauptung, die in unseren eigenen Reihen aufgestellt wird, daß die Wähler der Sozialdemokratischen Partei den Willen bekundet hätten, eine Regierung mit Bürgerlichen zu bilden, wenn der Bürgerblock geschlagen sei. Diesen Willen kann man mit mehr Recht ganz anders deuten. Die Wählerschaft hat wohl in erster Linie das Vertrauen zur Politik und

Endgültiges Wahlergebnis

Der Reichswahlausschuß hat am Freitag das endgültige Ergebnis der Reichstagswahlen festgestellt. Wenn sich auch die Ziffern seit der Bekanntgabe gegenüber dem bereits veröffentlichten vorläufigen Wahlergebnis um einige Tausend verschoben haben, so ist die Mandatzahl der einzelnen Parteien dadurch jedoch nicht beeinflußt worden.

Es sind im ganzen 31 145 308 Stimmen gegenüber 30 703 591 im Dezember 1924 abgegeben worden. Die Zahl der Wahlberechtigten ist gegenüber 1924 von 38 987 385 auf 41 295 102 gestiegen. Daraus ergibt sich, daß die Beteiligung prozentual zurückgegangen ist, und zwar von 78,8 im Jahre 1924 auf 75,4 Prozent. Besonders schwach war die Wahlbeteiligung im Südwesten Deutschlands. So haben sich im Wahlkreis Baden nur 71,6 Prozent, in Hessen-Darmstadt nur 65,8 Prozent, und in Württemberg nur 68,3 Prozent an der Reichstagswahl am 20. Mai beteiligt. Von den übrigen Wahlkreisen weist nur noch Köln-Aachen mit 66,4 Prozent eine annähernd so geringe Beteiligung auf.

Ueber den Durchschnitt groß war die Wahlbeteiligung in Magdeburg mit 84,4 Prozent, in Leipzig mit 88,4 Prozent und in Südhannover mit 81,6 Prozent. Auch 1924 hatten die Wahlkreise Magdeburg und Leipzig die größte Wahlbeteiligung. Die Zahl der abgegebenen Stimmscheine hat wesentlich zugenommen. Sie betrug im Jahre 1924 insgesamt 277 785 und bei der letzten Reichstagswahl 496 415.

Die ungültigen Stimmen sind von 391 656 auf 420 830 gestiegen. Es sind also 1,3 Prozent aller Stimmen ungültig. Der größte Prozentsatz der ungültigen Stimmen ist offenbar absichtlich ohne Kennzeichnung abgegeben worden.

Das Wahlprüfungsgericht hat jetzt noch eine Nachprüfung der Stimmzettel vorzunehmen, die erfahrungsgemäß einen Zuwachs an Stimmen bringt. Es wurden z. B. nach der vorigen Reichstagswahl noch 23 386 Stimmen für gültig erklärt. Der Reichswahlausschuß hat der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Nachprüfung beschleunigt wird. Auch die Sozialdemokratie hat ein Interesse daran; ihr fehlen nur noch 3896 Stimmen zum 153 Mandat.

Der Vorsitzende der Volksrechtpartei hat Einspruch gegen das Wahlergebnis erhoben, weil die Volksrechtpartei bei 480 000 Stimmen nur zwei Mandate erhalten hat. Das ergibt sich daraus, daß die Volksrechtpartei nur in einem Wahlverband 60 000 Stimmen erreichen konnte. Der Reichswahlausschuß hat den Einspruch an das Wahlprüfungsgericht weitergegeben, das ihn abweisen wird, da bei der Feststellung des Wahlergebnisses nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes verfahren worden ist.

*

Die Mandatsziffern

Amtlich wurde also festgestellt, daß von 41 295 102 Stimmberechtigten 31 145 308 Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und 30 724 478 gültige Stimmen abgegeben haben. Danach erhielten: Sozialdemokraten 152 Mandate, Deutschnationale 73 Mandate, Zentrum 62 Mandate, Deutsche Volkspartei 45 Mandate, Kommunisten 54 Mandate, Demokraten 25 Mandate, Bayerische Volkspartei 16 Mandate, Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) 23 Mandate, Nationalsozialisten 12 Mandate, Deutsche Bauernpartei 8 Mandate, Landbund 3 Mandate, Christliche Bauern- und Landvolkpartei und Deutsch-Hannoveraner 13 Mandate, Volksrechtpartei 2 Mandate, Sächsisches Landvolk 2 Mandate; zusammen 490 Mandate.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280602/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG